

**Dr. Fernando Gascón Inchausti**

**Profesor Titular de la Universidad Complutense de Madrid**

**Tribunal Supremo (Sala de lo Civil). Beschlüsse vom 12. März 2002, 19. November 2002, 21. Januar 2003 und 25. Mai 2004.**

Das Inkrafttreten des neuen spanischen *Ley de Enjuiciamiento Civil* —LEC, ≡ ZPO— am 8. Januar 2001 hat eine gründliche Änderung im Rechtsmittelsystem gegen die Berufungsentscheidungen dargestellt. Bis damals hat das Gesetz lediglich die Einlegung eines einzigen Rechtsmittels gegen die genannten Entscheidungen vorgesehen, die Revision (*casación*) vor dem *Tribunal Supremo* (TS, ≡ BGH): diese *alte* Revision ermöglichte die Anfechtung einer falschen Rechtsanwendung zur Lösung des strittigen Falles, aber auch die Anfechtung einiger Prozessverstöße im früheren Verlauf des Verfahrens. Nach dem Inkrafttreten der neuen LEC sind gegen die Berufungsurteile zwei verschiedene —aber auch sich gegenseitig ausschließende— Rechtsmittel möglich, für deren Entscheidung auch verschiedene Gerichte zuständig sind. Zum einen ist das sogenannte *besonderes Rechtsmittel wegen Prozessverstoß* (*recurso extraordinario por infracción procesal*) zu erwähnen, das dem Zuständigkeitsgebiet der 17 Oberen Gerichte der Autonomen Gemeinschaften unterliegt: es kann eingelegt werden, um den Verstoß gegen Prozessvorschriften (wie fehlende Zuständigkeit, oder rechtswidrige Zustellung der Klage) anzufechten. Der Erfolg des Rechtsmittels bedeutet eine Zurückweisung des Prozesses in den vorigen Stand. Andererseits besteht im Zuständigkeitsgebiet des TS noch die Revision, die jedoch tiefgreifende Veränderungen erfahren hat: die *neue* Revision hat als einzigen Zweck die Berichtigung der rechtswidrigen Anwendung der materiellrechtlichen —nicht mehr prozessrechtlichen— Vorschriften im Einzelfall. Der Erfolg der *neuen* Revision bedeutet die Aufhebung des angefochtenen Urteils und sein Ersatz durch eine neue vom TS selbst gesprochenen Entscheidung.

Dieser neue gesetzliche Rahmen hat einen wichtigen Einfluß auf dem Gebiete des Exequaturverfahren nach der EuGVVO. Gemäß Artikel 44 EuGVVO in Bezug zum Anhang IV kann in Spanien als weiterer Rechtsbehelf gegen die ergangene Entscheidung über den Antrag auf Vollstreckbarerklärung nur die *casación* eingelegt werden. Der Zusammenhang dieser Vorschrift zu dem neuen beschriebenen Rechtsmittelsystem hat einige Zweifel verursacht, die vom TS in den hier genannten Beschlüssen gelöst worden sind —auch wenn die höchstrichterlichen Antworten eine scharfe Kritik verdienen mögen.

Zuerst hat das TS klar festgestellt, daß das im Anhang IV EuGVVO eingeschlossene Wort *casación* im engeren Sinne auszulegen ist. Wird der

---

\* *GPR-Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht-European Community Private Law Review-Revue de droit privé communautaire*, 2005, n° 1, p. 16.

Beschluß der Vollstreckbarerklärung des erstinstanzlichen Gerichtes daher angefochten und durch die nächste Instanz bestätigt, so unterliegt dieser zweite Beschluß nicht dem *besonderen Rechtsmittel wegen Prozessverstoß*, sondern nur der *neuen* Revision —und das obwohl der Inhalt des *besonderen Rechtsmittels wegen Prozessverstoß* einen wichtigen Teil der *alten* Revision dargestellt hat. Diese Einschränkung hat zur Folge, daß es nicht mehr möglich ist, die im Laufe des Exequaturverfahrens begangenen Verstöße gegen prozessuale Vorschriften oder Garantien anzufechten oder zu korrigieren.

Außerdem hat auch das *TS* wichtige Grenzen zur Zulässigkeit der Revision im EuGVVO-Exequaturgebiet gezogen. Nach der spanischen LEC ist die Revision nur dann zulässig, wenn eine der drei folgenden Umstände gegeben ist: a) der Streit beruht auf den Schutz von Grundrechten, oder b) der Streitwert übersteigt die Höhe von 150.000 €, oder c) es zeigt sich in der Sache ein sog. *Revisionsinteresse*, d.h. es handelt sich um einen Fall, in dem die Notwendigkeit auftaucht, die Rechtsprechung zu vereinheitlichen. Das *TS* hat aber festgestellt — ohne es jedoch näher zu begründen—, daß die Revision im EuGVVO-Exequaturverfahren nur zulässig ist, wenn es ein Revisionsinteresse gibt: das Streitwertkriterium findet in diesen Bereich keine Anwendung. Es ist deswegen bei der Rechtsmitteleinlegung erforderlich, das Revisionsinteresse glaubhaft zu machen. Der Rechtsmittelführer trägt die Beweislast, die Existenz von wenigstens zwei Urteilen des *TS* zu beweisen, die aus materiellrechtlichen Gründen dem angefochtenen Beschluß widersprechen. Diese Voraussetzungen sind unmöglich zu erfüllen, denn es existieren bisher fast keine Urteile des *TS* in Bezug zum EuGVÜ- oder EuGVVO-Exequaturverfahren, auch weil die anzuwendenden Vorschriften prozessualer —nicht materiellrechtlicher– Natur sind. Nur einmal, im Beschluß vom 25.05.04, scheint der *TS* zu erlauben, auch den Widerspruch zur EuGH-Rechtsprechung als Zeichen des Revisionsinteresses in diesem Bereich anzusehen, aber der Beschlußtenor ist nicht eindeutig.

Kurz zusammengefasst: das spanische *TS* erlaubt in der Praxis keine zweite richterliche Kontrolle der Entscheidung über den Antrag auf Vollstreckbarerklärung nach der EuGVVO; in der Tat haben alle bis jetzt ergangenen Entscheidungen die Zulässigkeit der Revision verneint.